

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 90. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. April 2015, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Thomas Hölck (SPD)

i. V. v. Birgit Herdejürgen

Beate Raudies (SPD)

i. V. v. Lars Winter

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Wegfall des Sperrvermerks in Kapitel 0102	4
Schreiben des Leiters des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Umdruck 18/4259	
2. Bericht der Landesregierung zu den haushalterischen Auswirkungen des G-7-Gipfels in Lübeck	5
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 18/4286	
3. Förderung von Innovationsassistenten	6
Umdrucke 18/3871 und 18/3995	
4. Information/Kenntnisnahme	7
Umdruck 18/4140 - Stellen Hochschulen	
Umdruck 18/4141 - Krankenhausapotheke UKSH	
Umdruck 18/4181 - DRK-Schwestern am UKSH	
Umdruck 18/4214 - Verwaltungsabkommen Rechen- und Dienstleistungszentrum	
Umdruck 18/4215 - Beschäftigung von Rechtsreferendarinnen/Rechtsreferendaren	
Umdruck 18/4216 - Rücklagen	
Umdruck 18/4217 - Fortschreibung von Haushaltsdaten	
Umdruck 18/4218 - Verfassungsschutz	
Umdruck 18/4226 - Förderung Ernährungswirtschaft	
Umdruck 18/4261 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben erstes Quartal 2015	
Umdruck 18/4262 - Implementierungspartnerschaft AAA-Dienste	
5. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Wegfall des Sperrvermerks in Kapitel 0102

Schreiben des Leiters des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz
[Umdruck 18/4259](#)

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Frau Molt, Mitarbeiterin des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz, der Antrag auf Aufhebung des Sperrvermerks sei 2009, 2010 und 2013 abgelehnt worden. Jetzt sei man gesetzlich verpflichtet, die Einhaltung des Datenschutzes bei der Antiterrordatei und der Rechtsextremismusdatei zu kontrollieren. Die Kosten der Stelle könnten in diesem Jahr voraussichtlich aus Rücklagemitteln gedeckt werden.

Abg. Koch und Dr. Garg plädieren dafür, über die Aufhebung des Sperrvermerks im Rahmen der Haushaltsberatungen zu entscheiden.

Herr Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, macht darauf aufmerksam, dass die Durchführung der Kontrolle dem Bundesdatenschutzbeauftragten obliege und für die Datenschutzbeauftragten der Länder keine zwingende gesetzliche Aufgabe bestehe. Außerdem fehle der Nachweis, dass für die Aufgabe tatsächlich eine volle A-13-Stelle benötigt werde.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kommt der Ausschuss überein, die Beratung über die Vorlage in Anwesenheit des Leiters des ULD am 7. Mai 2015 fortzusetzen. Das ULD wird gebeten, bis dahin die Begründung für den Bedarf einer zusätzlichen Stelle und die Finanzierung im Jahr 2015 schriftlich näher zu erläutern.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zu den haushalterischen Auswirkungen des G-7-Gipfels in Lübeck

Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/4286](#)

Auf Fragen von Abg. Dr. Garg führt Frau Dr. Detering, Haushaltsbeauftragte des Innenministeriums, aus, man rechne damit, dass der G-7-Gipfel in Lübeck das Land rund 4,7 Millionen € koste (Unterbringungskosten von rund 1,9 Millionen €, Verpflegung 500.000 €, Erstattung von einsatzbedingten Mehrausgaben an andere Länder und den Bund in Höhe von 1,8 Millionen €). Konkrete Abrechnungen lägen noch nicht vor; die genaue Abrechnung liege erst Ende des Jahres vor. Dann wisse man auch, in welcher Höhe Mehrarbeitsvergütungen gezahlt würden, über die im Personalreferat der Landespolizei entschieden werde und die man nach Erfahrungswerten kalkuliere.

Abg. Andresen macht darauf aufmerksam, dass die Kosten des G-7-Gipfels innerhalb des Einzelplans 04 gedeckt würden und nicht zu Einschnitten in anderen Politikbereichen, zum Beispiel im Bildungsbereich, führten. Er halte es für konsequent, wenn der Bund die Kosten solcher Veranstaltungen trage, und fragt, wie viel Miete das Land der Hansestadt Lübeck für die Unterbringung der Polizeikräfte zahle.

Abg. Dr. Garg möchte wissen, inwieweit und auf welcher Grundlage die zusätzliche Arbeitszeit der Polizistinnen und Polizisten durch Freizeit oder finanziell ausgeglichen werde.

Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Haushaltsabteilung im Finanzministerium, äußert sich optimistisch, dass die zusätzlichen Ausgaben im Vollzug innerhalb des Einzelplans 04 gedeckt werden könnten; es gebe weder Auswirkungen auf andere Einzelpläne, noch seien entsprechende zusätzliche Mittel im Nachtragshaushalt vorgesehen. Schleswig-Holstein sei mit der bisherigen Regelung gut gefahren, dass die Kosten immer von demjenigen getragen würden, der die Sicherheit vor Ort gewährleisten müsse.

Frau Dr. Detering sagt zu, die aufgeworfenen Fragen schriftlich zu beantworten, dem Ausschuss die Kostenkalkulation zuzuleiten und Ende des Jahres die genaue Kostenabrechnung vorzulegen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Förderung von Innovationsassistenten

[Umdrucke 18/3871](#) und 18/3995

Herr Dr. Nägele, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, und Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, halten an ihren unterschiedlichen Auffassungen fest, [Umdrucke 18/3871](#) und 18/3995.

Abg. Koch macht darauf aufmerksam, dass sich die Landesregierung über den Landtagsbeschluss vom 14. Dezember 2012 ([Drucksache 18/323](#), Textziffer 27) hinwegsetze, die Förderung von Innovationsassistenten ab 2014 einzustellen.

Abg. Dr. Garg und Schmidt plädieren dafür, das Programm zur Förderung von Innovationsassistenten einzustellen und die Mittel einer effizienteren und sinnvolleren Verwendung zuzuführen.

Staatssekretär Dr. Nägele bekräftigt die Auffassung des Wirtschaftsministeriums, in der man sich durch positive Rückmeldungen bestätigt fühle, dass die Förderung von Innovationsassistenten aus fachlicher Sicht eines der erfolgreichsten Instrumente der Wirtschaftsförderung sei. Die Förderung der EU sei auf die Förderung von Innovationen in Unternehmen ausgerichtet; es handle sich nicht um eine Arbeitsplatzförderung, sondern um eine Projektförderung, die Personalkosten fördere.

Der Antrag von Abg. Dr. Garg, das Programm zur Förderung von Innovationsassistenten einzustellen, wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der PIRATEN nimmt der Finanzausschuss folgenden Antrag von Abg. Harms an:

„Förderungen aus dem Förderprogramm Innovationsassistenten werden nur an Unternehmen vergeben, die weniger als fünf Jahre bestehen. Dasselbe Unternehmen darf maximal zweimal gefördert werden. Die entsprechende Förderrichtlinie ist dem Finanzausschuss vor Veröffentlichung vorzulegen.“

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/4140](#) - Stellen Hochschulen

[Umdruck 18/4141](#) - Krankenhausapotheke UKSH

[Umdruck 18/4181](#) - DRK-Schwestern am UKSH

[Umdruck 18/4214](#) - Verwaltungsabkommen Rechen- und Dienstleistungszentrum

[Umdruck 18/4215](#) - Beschäftigung von Rechtsreferendarinnen/Rechtsreferendaren

[Umdruck 18/4216](#) - Rücklagen

[Umdruck 18/4217](#) - Fortschreibung von Haushaltsdaten

[Umdruck 18/4218](#) - Verfassungsschutz

[Umdruck 18/4226](#) - Förderung Ernährungswirtschaft

[Umdruck 18/4261](#) - Über- und außerplanmäßige Ausgaben erstes Quartal 2015

[Umdruck 18/4262](#) - Implementierungspartnerschaft AAA-Dienste

Abg. Dr. Garg fühlt sich durch die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes, [Umdruck 18/4181](#), in seiner Auffassung bestätigt, dass die vom Vorstandsvorsitzenden des UKSH in der gemeinsamen Ausschusssitzung am 5. Februar 2015 mehrfach und bewusst verwendete Formulierung, bei der Gestellung der **DRK-Schwestern** handele es sich um eine moderne Form der Leiharbeit, nicht zutreffend sei.

Der Finanzausschuss wird das Thema **Verwaltungsabkommen Rechen- und Dienstleistungszentrum**, [Umdruck 18/4214](#), auf die Tagesordnung der Sitzung am 7. Mai 2015 setzen. Herr Dopp, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, fragt nach den Konsequenzen für diejenigen Polizeikräfte, die die Aufgaben bisher im Land wahrgenommen hätten.

Zum Thema **Rücklagen**, [Umdruck 18/4216](#), regt Präsidentin Frau Dr. Schäfer an, auch die Rücklagen der Landesbetriebe aufzuführen, die zum Teil erhebliche Rücklagen gebildet hätten. - Abteilungsleiterin Frau Reese-Cloosters macht darauf aufmerksam, dass die Rücklagen in den Anstalten und Landesbetrieben Bestandteil der jährlichen Haushaltsrechnung seien.

Zu [Umdruck 18/4218](#) bekräftigt Frau Dr. Schäfer die Forderung des Landesrechnungshofs, den **Haushalt des Verfassungsschutzes**, insbesondere den Personalhaushalt, transparenter zu gestalten, wie es in anderen Ländern üblich sei.

Der Ausschuss nimmt die angegebenen Umdrucke - bis auf Umdruck 18/4214 - zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Am 30. April 2015 tagt um 10 Uhr der Beteiligungsausschuss und im Anschluss daran der Finanzausschuss, in dem unter anderem das Thema Bearbeitungszeiten von Beihilfeanträgen auf der Tagesordnung stehen wird.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer